

Das vernetzte Amt

Behörden verlieren Scheu vor externen Rechenzentren. IT-Dienstleister bringen sich in Stellung.

Andreas Schulte
Köln

Microsoft kennt keine Scheu vor deutscher Bürokratie. Im Gegenteil: Der amerikanische IT-Konzern sucht genau hier sein Geschäft - und baut gleich zwei Rechenzentren. Eines in Magdeburg, das andere in Frankfurt. Spätestens Ende 2016 sollen beide fertig sein. Den Betrieb übernimmt mit T-Systems aber ein deutsches Unternehmen.

Der Grund für das umständliche Konstrukt: Im Sommer hat der IT-Rat der Bundesregierung Kriterien für die Nutzung von Clouddiensten veröffentlicht. Demnach sollen Daten der öffentlichen Verwaltung in deutschen Rechenzentren gehalten und vor dem Zugriff ausländischer Institutionen geschützt werden.

Trotz des Mehraufwands will Microsoft sich das Geschäft mit öffentlichen Auftraggebern nicht entgehen lassen. Der Markt ist riesig: 13 Milliarden Euro gibt die öffentliche Verwaltung nach Angaben des Fraunhofer-Instituts für Offene Kommunikationssysteme jährlich für IT aus. „Wir erfüllen mit den Rechenzentren die speziellen Anforderungen des deutschen Marktes“, sagte Thomas Langkabel, Technikchef von Microsoft Deutschland.

Der Zeitpunkt ist gut gewählt. Cloud-Computing im öffentlichen Sektor hinkt in Deutschland hinterher. Doch es tut sich etwas: „Angesichts finanziellen Drucks werden sich Behörden neuen und sicheren Cloud-Lösungen öffnen müssen, denn die bergen Einsparpotenziale und Effizienzvorteile“, sagt Stefan Pechardscheck, Partner bei der Unternehmensberatung Bearingpoint.

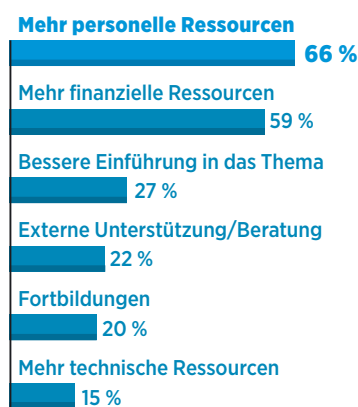
Zudem wachse das Vertrauen in die Sicherheit der Cloud. Gut sieben Prozent der deutschen Behörden setzten Cloud-Computing ein, ergab eine Studie von 2015. Heute dürften es zehn Prozent sein, schätzt Pechardscheck, der mit weiterem Wachstum rechnet.



Bürgeramt der Stadt Bonn: Die öffentliche Verwaltung öffnet sich dem E-Government.

Personal gesucht

Welche Unterstützung sich Behörden wünschen, um mehr E-Government-Projekte voranzutreiben zu können*



*Befragung unter 117 Vertretern von Kommunal-, Landes- und Bundesbehörden
Mehrfachnennungen möglich
Handelsblatt Quelle: Hochschule Harz, 2015

Neben Microsoft bringen sich andere Anbieter in Stellung. „Viele der großen Cloudprovider können mehr investieren als die meisten Regierungen oder Behörden“, sagt Neville Cannon, Forschungsleiter bei den amerikanischen Marktforschern von Gartner. So hat IBM eine Cloud speziell für die Bedürfnisse von Universitäten eingerichtet.

Doch auch kleinere Anbieter mischen mit. Ecsec aus dem oberfränkischen Michelau hat gerade die Entwicklung und Zertifizierung von Skidentity abgeschlossen. Das Unternehmen wird diese neue Technik auf der Cebit vorstellen. Mit Skidentity lassen sich mit Hilfe des neuen Personalausweises verschlüsselte elektronische Identitäten erzeugen.

Aus der Cloud heraus werden sie auf mobile Endgeräte gesendet. Bürger können sich dadurch bei ei-

nem virtuellen Behördengang sicher mit ihrem Smartphone ausweisen. Nun hofft Geschäftsführer Detlef Hühnlein auf die Aufgeschlossenheit möglichst vieler Ämter. „Wir rechnen damit, dass in den nächsten zwölf Monaten neben zehn Unternehmen auch ebenso viele Behörden Skidentity nutzen werden.“

Auch Ratssitzungen lassen sich effizienter organisieren und abwickeln. Die Hamburger Firma Cc e-gov hat einigen Kommunen dafür die Plattform Allris verkauft. Sie unterstützt etwa das Einladungsmanagement und auch die Sitzungsgeldabrechnung. Zudem lassen sich Vorlagen erstellen. Bislang musste Allris lokal installiert werden. Doch mit der nächsten Generation geht Cc e-gov ebenfalls in die Wolke.

Ein Bremsklotz beim Einführen von behördlichen Cloudprojekten: Oft reichen Personal und Mittel nicht. Rund zwei Drittel aller Behörden wünschen sich mehr personelle und finanzielle Ressourcen für die Umsetzung von E-Government-Projekten, hat die Fachhochschule Harz in einer Umfrage ermittelt. Der Trend sei negativ: In den vergangenen Jahren seien die Mittel eher zusammengestrichen als aufgestockt worden.

So wollte etwa der dem Innenministerium unterstellte IT-Planungsrat prüfen, ob man den cloudbasierten Onlinemarktplatz für Behörden und Wirtschaft „goBerlin“ auch in anderen Städten einführen könne. Das Vorhaben sollte bis Juli 2016 abgeschlossen sein. Doch schon Ende 2015 brach der Planungsrat es ab. Grund: Ressourcenmangel.

ULRICH SCHLOBINSKI

„Die Privaten bleiben auf der Strecke“

Der Databund-Vorsitzende über Hemmnisse beim Cloud-Computing in Behörden.

Behörden öffnen sich weiter dem Cloud-Computing. Doch die Politiker setzen dabei falsche Signale, bemängelt Ulrich Schlobinski, Chef des Verbands der mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor (Databund).

Andere Länder sind beim E-Government und Cloud-Computing im öffentlichen Sektor weiter als Deutschland. Woran liegt das?

Zum einen sind bei uns die Entscheidungswege länger, weil wir mit der Teilung der Zuständigkeiten in Bund, Länder und Kommunen ein

kompliziertes Amtswesen haben. Zum anderen fehlt auf höchster Ebene der politische Wille und die Vision, wie die komplexe Thematik anzupacken ist. Wir haben keine Führung, die Bund, Ländern und Kommunen einen Weg weist und einheitliche Rahmenbedingungen schafft. Erschwerend kommt hinzu: Es wird häufig zu technisch gedacht und dann an der Lebenswirklichkeit der Bürger vorbei gehandelt.

Behörden beklagen Geldknappheit als größtes Hindernis auf dem Weg zu mehr E-Government. Geld ist genügend da. Aber es verpufft. Wie etwa bei der Einführung



Databund-Chef Schlobinski: „Es wird häufig zu technisch gedacht.“

des neuen Personalausweises. Nur ganz wenige Bürger nutzen ihn, um sich online auszuweisen, weil die Lösung zu kompliziert ist. Es wird am Bedarf vorbei produziert.

Warum ist das so?

Die Politiker umgeben sich nicht mit den geeigneten Akteuren. Sie setzen sich immer mit den gleichen großen Anbietern an den Tisch. Aber die sind oft nicht spezialisiert genug. Hinzu kommt der unbegründete aber felsenfeste Glaube, dass Daten in staatlicher Hand sicherer seien als bei privaten Lösungsanbietern. Das zieht sich sogar durch einige Vorschriften.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Nehmen Sie die Portalverordnung aus dem vergangenen Jahr. Da steht drin, wie Private ein Portal zu betreiben haben, aber öffentlich-rechtlichen Anbietern werden diese Vorschriften nicht gemacht. Da wird der Markt beschnitten, uns Privaten werden Knüppel zwischen die Beine geschmissen.

Experten sehen ein starkes Wachstum beim Cloud-Computing der Behörden. Bleiben die Privaten dann auf der Strecke?

Das befürchte ich, ja.

Die Fragen stellte **Andreas Schulte**.